



Antrag

Vorlage: AT/0152/2019		Datum: 26.11.2019			
Verfasser: 01-Ratsfraktion CDU		Az.:			
Betreff:					
Antrag der CDU-Ratsfraktion: Erweiterung des Fashion-Outlet-Centers Montabaur (FOC)					
Gremienweg:					
12.12.2019	Wirtschaftsförderungsausschuss	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle möglichen Schritte gegen eine Erweiterung des Fashion-Outlet-Centers Montabaur (FOC) einzuleiten und notfalls rechtlich gegen die Pläne vorzugehen. In einer der letzten Verbandsgemeindesitzungen des Verbandsgemeinderates Montabaur wurden die Pläne des Investors vorgestellt. Danach hat die Immobiliengesellschaft des Investors angekündigt, die derzeit rund 10.000 qm Verkaufsfläche auf 21.800 qm zu erhöhen. Damit würde die Verkaufsfläche mehr als verdoppelt. Die Stadt Koblenz sollte sich mit anderen umliegenden Städten austauschen und gemeinsam gegen die Planung vorgehen.

Begründung:

Die Stadt Koblenz gilt als Oberzentrum in der Region und hat eine wichtige Versorgungsfunktion für die gesamte Region. Eine extensive Vergrößerung des Fashion-Outlet-Centers Montabaur (FOC) führt aus Sicht der Wirtschaft in Koblenz und insbesondere der Koblenzer Einzelhändler zu sehr großen Risiken im fairen Wettbewerb. Mit großer Sorge betrachtet der Koblenzer Einzelhandel einen drohenden Kaufkraftabfluss für den Handel.

Auch die IHK Koblenz hat dazu bereits Stellung bezogen und führt dazu aus: „Landesplanerische Vorgaben in Bezug auf großflächige Einzelhandelsbetriebe wie das Gebot der Nichtbeeinträchtigung benachbarter Orte müssen erfüllt werden, weil diese Vorgaben Erweiterungen, Neuansiedlungen wie auch bereits ansässigen Händlern Planungssicherheit und Verlässlichkeit geben. Abweichungen dieser Vorgaben hingegen höhlen den Ordnungsrahmen aus und führen zu Verunsicherung.“

Auswirkungen auf den Klimaschutz: